

„Zwischen Wirtschaft und Umwelt gehört kein ‚oder‘“

NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur äußert sich zudem zum „Investitionsbooster“, dem Ukraine-Krieg und der Koalition mit der CDU

Torsten Lehmann und
Miriam Mandt-Böckelmann

Iserlohn. Bei ihrem Besuch in Iserlohn und Letmathe (siehe Seite Letmathe) stand die Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Mona Neubaur, der Heimatzeitung ausführlich Rede und Antwort.

Sie kommen gerade aus Letmathe von Risse & Wilke, einem von mehreren Kaltwalz-Unternehmen in der Region, die ihren Stahl von ThyssenKrupp beziehen – wo Sie heute Vormittag waren, um sich anzuschauen, wofür die größte Förderung in der Geschichte des Landes, nämlich bis zu 700 Millionen Euro, zusammen mit weiteren knapp 1,4 Milliarden Euro vom Bund verwendet werden soll. Ist das eine angemessene Summe für ein einzelnes Unternehmen?

Mona Neubaur: Als öffentliche Hand haben wir uns entschieden, ThyssenKrupps Vorhaben zur Produktion von grünem Stahl zu unterstützen. Denn so helfen wir, eine wichtige Anker-Technologie zu etablieren und in einem entscheidenden Zukunftsfeld für die grüne Transformation in NRW als globales Vorbild voranzugehen. Wir senden damit auch zwei wichtige Botschaften für den Stahlstandort Nordrhein-Westfalen. Erstens: Wir glauben daran, dass Unternehmen hierzulande auch in Zukunft Stahl und andere Metalle produzieren und verarbeiten – auch in Südwestfalen. Zweitens: Wir geben einen Anstoß für einen deutlichen Bedarf an Wasserstoff. Das schafft Anreize für Investitionen in eine Wasserstoffinfrastruktur, etwa Pipelines, Elektrolyseure oder Wasserstoff-Tankstellen. Die Stahlindustrie auf die Produktion von grünem Stahl umzustellen, ist für uns ein politisches Versprechen für alle daran hängenden Teile der Wertschöpfungskette. Aber natürlich ist nicht nur die Stahlindustrie gefragt, eine klimaneutrale Produktion aufzubauen, sondern die gesamte Industrie in NRW.

Halten Sie den von Ihnen vorgeschlagenen „Investitionsbooster“ für das bessere Wachstumsgesetz?

Das Wachstumsgesetz muss jetzt kommen. Die Wirtschaft wartet dringend auf Entlastungen, damit es Anreize für Investitionen gibt und Wachstum möglich wird. Meine Idee des „Investitionsboosters“ ist ja, einerseits die konsumtive Schuldenbremse zu halten, andererseits dem Mittelstand Planungssicherheit zu geben. Für alle Investitionen, die in Richtung Klimaneutralität und Digitalisierung gehen, soll es eine Steuerreduktion in Höhe von 25 Prozent geben. Um die öffentliche Hand vor kurzfristig auftretenden Steuermindereinnahmen zu schützen, ist die Idee, den „Booster“ über ein Sondervermögen im Grundgesetz zu verankern, das aber nur begrenzt „befüllt“ werden müsste. Denn ich bin überzeugt davon: Wer Investitionen unterstützt, unterstützt Innovations- und ökologisches Wachstum und sichert damit sprudelnde Steuereinnahmen in der Zukunft. Die Regelung im Grundgesetz gäbe Investoren langfristige Sicherheit, dass der Investitionsrahmen steht – selbst wenn innerhalb der Bundesregierung die Farben wechseln würden.

Reichen diese Mittel zur konjunkturellen Belebung denn aus – angesichts der bescheidenen Wachstums-



Mona Neubaur beantwortete gerne die Fragen von Torsten Lehmann und (nicht im Bild) Miriam Mandt-Böckelmann.

DENNIS ECHTERMANN

aussichten von nur noch für NRW prognostizierten 0,3 Prozent in diesem Jahr und damit noch weniger als im Bundesschnitt?

Aktuell ist die Stimmung leider noch schlechter als die konjunkturelle Lage. Das treibt uns auf allen Ebenen der Politik an, nicht nur auf die positiven Signale hinzuweisen, sondern auch ganz konkret zügig in die Umsetzung zu kommen. Ich bin mir sehr sicher: Wenn wir es schaffen, bei der Energie- und Wärmeversorgung glaubwürdig einen Rahmen zu setzen, wenn wir als Politik Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter beschleunigen, dann hebt sich die Stimmung auch wieder. Und aus dieser verbesserten Stimmung heraus werden kurzfristig auch wieder mehr Investitionen in NRW erfolgen. Notwendig ist auch, dass die Inflation wieder spürbar sinkt, ebenso die Zinsen. Davon würden viele profitieren – vom Wohnungsbau bis zum Handwerk und der Industrie, auch hier in Südwestfalen. Positiv ist, dass die Beschäftigung weiter wächst. Auch 2024 sollen unter dem Strich 8000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Dabei besteht eine wahnsinnige Fluktuation, weil man merkt, es wandelt sich gerade viel in der Wirtschaft.

Die Bereiche schulische Bildung und frühkindliche Bildung wollen wir von Einsparnotwendigkeiten so weit wie möglich ausnehmen.

Mona Neubaur,
NRW-Wirtschaftsministerin

Lässt die Haushaltslage überhaupt noch Förderprogramme zu?

Wir müssen 2024 als Landesregierung tatsächlich sparen, haben dabei aber eine klare Priorisierung vorgenommen. Die Bereiche schulische Bildung und frühkindliche Bildung wollen wir von Einsparnotwendigkeiten so weit wie möglich ausnehmen. Das sind wir denen, die heute ganz klein sind, schuldig! Dafür müssen andere Ressorts mehr liefern. Auch das Wirtschaftsministerium muss priorisieren: Damit Innovationen in Anwendung ge-

bracht werden und die Klimaschutzbemühungen des Mittelstandes unterstützt werden, müssen wir mit Förderprogrammen helfen. Wichtig ist uns auch, den Bereich Wärmeversorgung und Erneuerbare Energien voranzubringen. Auch in den Bereich Tiefengeothermie, also Wärme, die im Erdreich liegt, haben wir mehr Geld reingepackt als in den Vorjahren. Denn Tiefengeothermie ist ein wichtiger Teil der Lösung für eine Wärme, die nicht mehr auf Öl und Gas basiert. Weitere Fragen, die wir angehen wollen, sind: Wie schaffen wir es, die Infrastruktur für die Menschen im Alltag zu verbessern? Dabei geht es um Breitbandausbau, Mobilfunk und Energieinfrastruktur.

„NRW ist Spitzenreiter bei Genehmigungen von Windenergieanlagen“, vermeldete der Landkreistag NRW Ende Januar. Und die Verdopplung von 180 auf 360 genehmigte Windkraftanlagen. Geht es so weiter in dem Tempo?

Wir sind 2023 mit 370 Genehmigungen für Windenergieanlagen an der Spitze aller Länder der Bundesrepublik. Das ist für uns ein wahnsinniger Ansporn dafür, im engen Schulterschluss mit den kommunalen und regionalen Verantwortungsträgern in dieser Richtung weiterzumachen. Richtig ist aber auch: Es reicht noch lange nicht aus. Wir müssen das Tempo halten und hoffen, dass wir dieses durch entsprechende Maßnahmen erreichen: durch den Landesentwicklungsplan etwa und durch wichtige Instrumente wie das Bürgerenergiegesetz. Dahinter steckt die Idee, dass am wirtschaftlichen Erfolg der Erneuerbaren Energien auch Kommunen und BürgerInnen teilhaben sollen, die im Umfeld einer neuen Windenergieanlage wohnen. Das ist eine wunderbare Geschichte und eine vernünftige Art, wirtschaftspolitisch zu arbeiten. Kommunen haben dadurch unabhängig von der eigenen Haushaltssituation fortan die Möglichkeit, solche Einnahmen für Dinge zu verwenden, die ihnen als Gemeinde und ihren Einwohnern wichtig sind, wie beispielsweise die Finanzierung einer Kita oder eines Jugendzentrums.

Wird denn der Kohleausstieg wie geplant 2030 gelingen oder scheitert er beziehungsweise muss aufgeschoben werden unter anderem aufgrund der

zu geringen Anzahl an notwendigen Gaskraftwerken?

Ich habe den Braunkohleausstieg für das Rheinische Revier verhandelt. Deswegen weiß ich sehr genau, was wir damals für die Wirtschaft in NRW vereinbart haben. Und das ist vor allem, dass wir zusätzliche Kapazitäten an wasserstofffähigen Gaskraftwerken brauchen. Wir brauchen beides: Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit. Anfang Februar hat die Bundesregierung eine Kraftwerksstrategie vorgestellt, die für das, was wir in NRW für unsere Energieversorgungssicherheit brauchen, nicht genügend Kapazitäten vorsieht. Zehn Gigawatt Leistung reichen nicht. Deshalb habe ich eine Initiative im Bundesrat gestartet, in der wir von der Bundesregierung Nachbesserungen fordern. Der Bund setzt den Rahmen. Ich tue mein Möglichstes als Wirtschafts- und Energieministerin, um zum Beispiel über beschleunigte Genehmigungsprozesse für die Gaskraftwerke verlorene Zeit wieder reinholen zu können und die Gaskraftwerke ans Netz zu bringen. Auch beim Bau zusätzlicher Wasserstoffpipelines wollen wir Prozesse so kurz und unbürokratisch wie möglich machen. Als Land will ich bei der Entwicklung von Innovationen in Richtung Nachhaltigkeit nicht auf der Zuschauersbank sitzen, sondern Spielmacherin sein. Meine mittelständischen Unternehmen in NRW sollen die sein, die weltweit zeigen können: Wir haben tolle Produkte, und mit denen findet man Märkte, Umsatz und Geschäftsmodelle. Es ist deswegen mein innerer Antrieb, die besten Rahmenbedingungen dafür zu setzen. Aber ohne den Bund, der die Rahmenbedingungen in der Kraftwerksstrategie dringend nachbessern muss, wird das schwierig werden.

Sie waren kürzlich in der Ukraine. Was war der Hintergrund?

Im März 2023 hat die Landesregierung auf meinen Impuls hin eine Wiederaufbau-Konferenz für die Ukraine initiiert. Das haben wir auch vor dem Hintergrund getan, da unsere Partnerregion in der Ukraine, Dnipropetrowsk, in der Wirtschaftsstruktur viele Gemeinsamkeiten mit der nordrhein-westfälischen aufweist. Viele mittelständische Unternehmen aus NRW haben darüber hinaus schon früh ihre

Bereitschaft erklärt, beim Wiederaufbau mit anzupacken. Aber natürlich begegnet einem permanent und sehr schmerzhaft die neue Realität, in der die Ukrainerinnen und Ukrainer jetzt leben. Ich habe beispielsweise ein Werk besucht, in dem Baumaterialien hergestellt werden. Dort wurden in den vergangenen zwei Jahren tiefgreifende Automatisierungsprozesse aufgesetzt – leider nicht nur wegen des Wunsches, Innovationen umzusetzen, sondern weil rund die Hälfte der Beschäftigten an der Front kämpfen muss. Ich bin nach dieser Reise mehr denn je überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa humanitär, finanziell und militärisch so lange, wie es notwendig ist, mit aller Kraft und Entschlossenheit alles dafür tun müssen, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt.

Die Grünen zeigen, dass man sich gerade in den großen Fragen auf sie verlassen kann – sie stehen für eine Bundesrepublik, die das Leben in Freiheit und Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürgern verteidigt.

Mona Neubaur, stellvertretende
Ministerpräsidentin des Landes NRW

Das sagen Sie auch als Vertreterin einer aus der Friedensbewegung hervorgegangenen Partei?

Meine Partei hat in den vergangenen zwei Jahren insbesondere in dieser Frage bewiesen, dass wir auch in extrem schwierigen Zeiten bereit und in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen. Die Grünen stellen aktuell die Außenministerin, die sich sehr klar positioniert, indem sie sagt, dass es nicht nur um die Ukraine geht, sondern letztlich um die Freiheit und Sicherheit, um den Frieden auf dem gesamten Kontinent. Wirtschaftsminister Robert Habeck verantwortet unter anderem den Export von Rüstungsgütern. Auch er ist klar und eindeutig in der Frage, dass in der Ukraine die

Werte Europas verteidigt werden und es dafür leider auch Waffen braucht. Ich habe großen Respekt davor, wie meine Partei sich diesen Realitäten in kürzester Zeit gestellt und sie angenommen hat. Die Grünen zeigen, dass man sich gerade in den großen Fragen auf sie verlassen kann – sie stehen für eine Bundesrepublik, die das Leben in Freiheit und Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürgern verteidigt. Dafür steht das Engagement für die Ukraine geradezu exemplarisch.

Nach 20 Monaten Schwarz-Grüner Koalition: Ist es ein Auslauf- oder weiterhin ein Zukunftsmodell?

Unsere Zusammenarbeit ist geprägt von Vertrauen, von konstruktiver Zusammenarbeit und Lösungsorientierung. Das, was wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben – und darüber hinaus –, ist eine echte Chance für Nordrhein-Westfalen. CDU und Grüne haben sich die Hand gereicht – und zwar nicht, um eine Einheit zu werden, sondern um für viele Probleme, die keine Vorgängerregierung lösen konnte oder wollte, Antworten anzubieten. Das betrifft zum Beispiel die Versöhnung von Natur-, Umwelt- und Artenschutz auf der einen und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der damit entstehenden Infrastruktur auf der anderen Seite. Ich finde: Zwischen Wirtschaft und Umwelt gehört kein „oder“. In NRW zeigen wir – auch dank meiner Partei, die jeden Tag konstruktiv mitgestaltet –, dass wir die Dinge endlich anpacken, die schon längst hätten angegangen werden müssen.

Nach den Angriffen auf grüne Politiker: Machen Sie sich persönlich Sorgen um Ihre Sicherheit und wie könnten solche Auswüchse künftig verhindert werden?

Ich mache mir vor allem Sorgen um den Verfall der politischen Kultur im gesamten Land. Meine feste Überzeugung ist, dass alle staatstragenden Parteien gut beraten sind, sich immer wieder vor Augen zu führen, dass aus Worten Taten werden können. Wir sehen doch gerade, was passiert, wenn sich radikale Gruppen zusammenschließen, um „denen da oben“ mal zu zeigen, wo der Hammer hängt. Wenn es zu persönlichen Angriffen gegen Politikerinnen und Politiker, gegen Polizistinnen und Polizisten kommt, muss der Staat mit rechtsstaatlichen Mitteln reagieren, und zwar unmissverständlich. Straftaten müssen verfolgt und geahndet werden. Meine große Sorge ist, dass im Endspurt des Europawahlkampfes solche Situationen zunehmen. Umso wichtiger ist es, sich deutlich davon zu distanzieren und nicht zu relativieren. Es geht letztlich darum, unsere demokratische Kultur vor diesen Gewalttätigen zu schützen. Jeder hat das Recht, mir zu sagen: „Ich finde nicht gut, was Sie machen.“ Kritik zu artikulieren, auch gerne scharf zu artikulieren, ist das Wesensmerkmal einer Demokratie. Es ist Teil meiner Jobbeschreibung, mit dieser Kritik zu arbeiten und sie in meine Abwägungsprozesse mit einzubeziehen. Aber überall, wo diese Kritik den Boden des Grundgesetzes und der dort geregelten Werte verlässt, muss klar sein: Diese Linie darf nicht überschritten werden. Sonst verlieren wir als Erstes diejenigen, die sich im kommenden Jahr bei den Kommunalwahlen in NRW bereit erklären, vor Ort in den Rathäusern und Kreistagen oft ehrenamtlich fürs Gemeinwohl zu arbeiten. Das darf auf gar keinen Fall passieren.